

BERLIN.

STARK.

MACHEN.

12 Punkte für Steglitz-Zehlendorf

Bezirkswahlprogramm der
Alternative für Deutschland



*Bezirkswahlprogramm
der Alternative für Deutschland
für Steglitz-Zehlendorf
in der Fassung vom 21. März 2026*

Inhalt

Vorwort	1
1. Stadtentwicklung Lebensqualität und Charakter bewahren	4
2. Wohnen Eigentum fördern, bezahlbare Mieten	7
3. Verkehrspolitik: Mobilität für alle, Ideologie für keinen	9
4. Umwelt, Natur und Tierschutz mit Vernunft	12
5. Sicherheit garantieren: Null Toleranz für Kriminalität	14
6. Illegale Migration stoppen Remigration fordern	17
7. Unser Aufstiegsversprechen durch Bildung Leistungsorientierung statt Ideologie	19
8. Familien stärken Das Fundament unserer Gesellschaft	21
9. Wirtschaft Mittelstand entfesseln	23
10. Soziales, Gesundheit, Sport und Ehrenamt	24
11. Kultur: Identität bewahren, Exzellenz fördern	26
12. Verwaltung Effizient und bürgerfreundlich	27

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Steglitz-Zehlendorf,

unser Bezirk soll so bleiben, wie er ist – **besonders lebenswert**. In Steglitz-Zehlendorf trifft das urbane, lebendige Steglitz auf das landschaftlich geprägte, wald- und seenreiche Zehlendorf. Diese Verbindung aus Stadtleben und Naturqualität ist ein echter Standortvorteil – und sie ist es wert, bewahrt zu werden.

Zwischen der belebten Schloßstraße mit Einkaufsmöglichkeiten, Kinos und Kultur auf der einen Seite und weitläufigen Parks, Seen und Wäldern im Westen entsteht eine besondere Lebensqualität. Wannsee, Schlachtensee und Krumme Lanke stehen für Erholung, Natur und Freizeit direkt vor der Haustür. Vereine, Kleingärten, Sportstätten, ein vielfältiger Mittelstand und gewachsene Ortsteile verbinden das besondere Lebensgefühl im Südwesten Berlins: städtische Angebote dort, wo man sie braucht – und Rückzugsräume dort, wo man sie schätzt.

Viele von Ihnen genießen die ruhige, gelassene Atmosphäre, das nachbarschaftliche Miteinander und die Ordnung, die hier noch spürbar ist – gerade in einer Zeit, in der die Stadt für viele hektischer und unübersichtlicher wird. Dazu gehört auch, dass man Dinge offen ansprechen kann. Eine lebendige Demokratie lebt vom freien Wort. Wir setzen uns dafür ein, dass freie Meinungsäußerung wieder selbstverständlich wird – ohne Angst, gesellschaftliche oder berufliche Nachteile befürchten zu müssen. →

VORWORT →

Zugleich erwarten wir einen Staat, der seinen Schutzauftrag ernst nimmt: Die unkontrollierte Masseneinwanderung der letzten Jahre hat die Sicherheitslage in Berlin spürbar verschlechtert. Kriminalität, Messergewalt, sexualisierte Übergriffe und Clan-Strukturen müssen wirksam bekämpft werden – mit konsequenter Durchsetzung klarer Regeln, Rückhalt für Polizei und Justiz und einer konsequenten Remigrationspolitik: Wer kein Bleiberecht hat, muss unser Land verlassen. Nur so bleibt Steglitz-Zehlendorf sicher und lebenswert.

Ebenso gehört für uns dazu, politische Entscheidungen der Corona-Zeit kritisch und lückenlos aufzuarbeiten – gerade dort, wo Freiheit, Wirtschaft, gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen Schaden genommen haben.

Seit 2016 ist die AfD in der Bezirksverordnetenversammlung vertreten. Wir leisten dort kontinuierlich gute Arbeit, bringen Anträge ein, stellen kritische Fragen und setzen neue Impulse in der bezirkspolitischen Debatte. Dabei behalten wir das Praktische im Blick: Der Bezirk muss funktionstüchtig bleiben: zuverlässig, ordentlich und bürgernah. Das werden wir fortsetzen: sachlich, offen und dialogbereit. →

VORWORT →

Wir ermutigen Sie: Bleiben Sie im Gespräch und pflegen Sie den Kontakt zu Ihren Nachbarn. Viele Menschen erleben Verunsicherung und gesellschaftlichen Druck, Einsamkeit, Zukunftsängste, wirtschaftliche Sorgen, Unsicherheit im öffentlichen Raum oder das Gefühl, nicht mehr frei sprechen zu können. Diese Sorgen verdienen Gehör. Achten Sie besonders auf ältere Menschen, Alleinstehende, Kranke und Familien. Ein gutes Miteinander beginnt im Alltag, in der Nachbarschaft, im Verein, im persönlichen Gespräch. Gern laden wir Sie ein, auch mit uns ins Gespräch zu kommen.

Damit der Bezirk Steglitz-Zehlendorf so bleibt, wie er ist:
besonders lebenswert.

Ihr Bezirksverband AfD Steglitz-Zehlendorf

1. Stadtentwicklung: Lebensqualität und Charakter bewahren

Einzigkeit des Bezirks schützen Steglitz-Zehlendorf lebt von seiner einzigartigen Mischung aus urbaner Lebendigkeit und naturnaher Ruhe. Diesen unverwechselbaren Charakter und Standortvorteil wollen wir erhalten. Stadtentwicklung bedeutet für uns, gewachsene Strukturen zu schützen und behutsam weiterzuentwickeln, statt sie durch ideologiegetriebene Umbauszenarien zu verdrängen. Wir lehnen eine Verdichtung um jeden Preis ab. Ob Geschosswohnungsbau, Einfamilienhaus, Nachverdichtung, Umnutzung oder Hausboote: Wir prüfen jede Möglichkeit darauf, ob sie das Profil unseres Bezirks sinnvoll ergänzt, statt es zu zerstören.

Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum Verwahrlosung darf in unserem Bezirk keinen Platz haben. Sauberkeit ist kein Luxus, sondern die grundlegende Voraussetzung für eine positive Lebensqualität. Wir fordern eine konsequente Pflege von Parks, Grünflächen und Straßen. Insbesondere an den Seen, in Fußgängerbereichen und an stark frequentierten Plätzen wie dem Hermann-Ehlers-Platz setzen wir auf klare Regeln, häufigere Reinigungsintervalle und eine sichtbare Präsenz von Ordnungsdiensten. Öffentliche Plätze sind für alle Bürger da und dürfen weder einer Drogenszene noch aggressiven Jugendgruppen überlassen werden. →

STADTENTWICKLUNG →

Planungssicherheit statt Blockade Stadtentwicklung muss gestaltet, nicht ideologisch blockiert werden. Bauherren und Investoren brauchen Verlässlichkeit. Die AfD wird weiterhin den Finger in die Wunde legen, wenn Bauvorhaben durch überzogene Einwände, politische Profilierung oder immer neue Auflagen verzögert und verteuert werden. Dies gilt für Großprojekte ebenso wie für die Entwicklung am ehemaligen Tanklager Lankwitz oder die sinnvolle Nutzung von Brachen. Wir fordern eine enge und effiziente Koordination zwischen Senat, Bezirk und Versorgungsbetrieben.

Zukunft der Schloßstraße und Ortsteilzentren Die Schloßstraße muss als Herz von Steglitz und zentraler Einzelhandelsstandort gestärkt werden. Wir wollen Leerstände abbauen und ein Entwicklungskonzept vorantreiben, das Fördermittel systematisch bündelt. Dabei gilt es, prägende Bauwerke wie den Bierpinsel oder den Steglitzer Kreisel sowie Neubauprojekte wie den Supermarkt an der Kieler Straße harmonisch einzubinden. Gleichzeitig gilt unser Augenmerk den Ortsteilzentren wie dem Kranoldplatz, Lankwitz Kirche oder Zehlendorf-Mitte. Lokale Händler, Wochenmärkte und Handwerksbetriebe sind das Rückgrat unserer bürgerlichen Struktur. Diese kleinteilige Gewerbelandschaft muss von bürokratischer Gängelung befreit werden. Am Kranoldplatz haben Markt und Betreiber Vorrang; eingreifende Störungen lehnen wir ab. →

STADTENTWICKLUNG →

Soziale Infrastruktur und historische Bausubstanz Öffentliche Liegenschaften müssen vorrangig für die soziale Infrastruktur genutzt werden. Wir fordern die Reaktivierung des ehemaligen „Pop Inn“ als Jugendclub, die Erweiterung des Sozialstandorts Bergstraße um das Stadtbad Steglitz. Wir wehren uns dagegen, dass stadtbildprägende Gebäude aufgrund überzogener EU-Energiestandards abgerissen werden. Historische Bausubstanz ist identitätsstiftend. Denkmalschutz darf jedoch moderne Infrastruktur nicht verhindern, wie am S-Bahnhof Zehlendorf geschehen, sondern muss pragmatisch abgewogen werden. Gleichzeitig setzen wir uns für die Wiederherstellung architektonischer Besonderheiten ein, wie der Wandverkleidung im U-Bahnhof Schloßstraße oder der Fassade am Klinikum Benjamin Franklin.

Tourismuspotenzial nutzen Wir setzen auf einen sanften Tourismus. Das Strandbad Wannsee soll sein Angebot erweitern, um Schlachtensee und Krumme Lanke zu entlasten. Den Fernsehturm auf dem Schäferberg wollen wir mit Berücksichtigung des Denkmalschutzes für Besucher öffnen.

2. Wohnen: Eigentum fördern, bezahlbare Mieten

Investitionsklima verbessern Wohnungsmangel bekämpft man durch Bauen, nicht durch Enteignung oder Mietpreisbremsen. Wir brauchen eine Willkommenskultur für private Investoren und Genossenschaften.

Überzogene Baustandards und teure Klimaauflagen müssen auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden. Wohnungsgenossenschaften garantieren günstiges und sicheres Wohnen; sie sollen bei der Vergabe landeseigener Grundstücke bevorzugt werden.

Wohnungsbau beschleunigen Die ungesteuerte Massenimmigration der letzten Jahre hat die Wohnungsnot in Berlin massiv verschärft. Gleichzeitig werden Bauprojekte im Bezirk verschleppt. Das Projekt Lichterfelde-Süd („Parks Range“) mit 2.500 Wohneinheiten ist ein Mahnmal für planerisches Versagen: Planungsbeginn 2012, Fertigstellung kaum vor 2035. Die AfD fordert eine drastische Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Bauanträge müssen zügig bearbeitet und ideologische Blockaden gelöst werden.

Eigentum statt Abhängigkeit Wohneigentum ist der beste Schutz vor Altersarmut und Mietsteigerungen. Wir wollen, dass Steglitz-Zehlendorf für Familien attraktiv bleibt. Statt wertvolles Bauland für Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen – wie auf dem Gelände der ehemaligen Lungenklinik Heckeshorn geplant – muss dieses Land für den Bau von Eigenheimen für Familien zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern die Aussetzung der Grunderwerbsteuer und öffentliche Bürgschaften für Eigenheime, um arbeitenden Menschen den Erwerb von Wohneigentum zu ermöglichen. →

WOHNEN →

Sozialverträgliches Wohnen Bei der Vergabe von gefördertem Wohnraum müssen vorrangig diejenigen berücksichtigt werden, die hier leben und den Sozialstaat durch ihre Arbeit finanzieren. Zuzug aus dem Ausland darf nur erfolgen, wenn ausreichend Wohnraum vorhanden ist. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, das nicht durch eine verfehlte Migrationspolitik gefährdet werden darf.

Keine Zwangssanierung durch Heizungsgesetze

Wir lehnen das Gebäudeenergiegesetz ab. Es führt zu einer Kostenexplosion für Eigentümer und Mieter und schreibt Technologien vor, deren Nutzen fragwürdig ist. Die kommunale Wärmeplanung Berlins basiert auf Illusionen: Eine „Klimaneutralität“ bis 2045 ist technisch und finanziell nicht darstellbar. Wir warnen vor einer massiven Verteuerung der Fernwärme durch die CO₂-Steuer und setzen uns für den Erhalt funktionierender, bezahlbarer Heizsysteme ein. Technologieoffenheit statt Verbotskultur ist das Gebot der Stunde.

3. Verkehrspolitik: Mobilität für alle, Ideologie für keinen

Freiheit statt Bevormundung Wir erteilen der „moralischen Vorfahrt“ und der Umerziehung der Verkehrsteilnehmer eine Absage. Für alle gilt § 1 der StVO: Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme. Wir fordern eine Verkehrspolitik, die alle Verkehrsmittel gleichberechtigt behandelt. Das Berliner Mobilitätsgesetz, das einseitig das Auto benachteiligt, wollen wir abschaffen. Künstliche Nadelöhre, wie die Verengung der B1 am Botanischen Garten, müssen beseitigt werden, damit Pendler, Busse und Rettungskräfte nicht länger im Stau stehen.

ÖPNV-Ausbau – U-Bahn voran Wir setzen auf den Ausbau leistungsfähiger Schnellbahnen:

Lückenschluss U3: Verlängerung vom U-Bahnhof Krumme Lanke zum S-Bahnhof Mexikoplatz und mittelfristig bis Kleinmachnow.

Verlängerung U9: Vom Rathaus Steglitz bis S-Bahnhof Lichterfelde Ost mit Anbindung des Charité Campus Benjamin Franklin.

S-Bahn: Zweigleisiger Ausbau der S7 zwischen S-Bhf. Wannsee und S-Bhf. Griebnitzsee sowie Verlängerung der S25 über Stahnsdorf bis zum Ringschluss in Wannsee. Die „Stammbahn“ verliert durch diese Maßnahmen an Bedeutung

Straßenbahn: Im Bezirk lehnen wir aufgrund des Flächenbedarfs eine Straßenbahn ab. →

VERKEHRSPOLITIK →

Hauptstraßen erhalten – Tempo 50 Die Schloßstraße ist die Lebensader des Bezirks. Wir lehnen Pläne ab, sie zur verkehrsberuhigten Zone umzubauen oder für den Autoverkehr zu sperren. Sie muss für Kunden, Lieferverkehr und Anwohner erreichbar bleiben. Auch dem Rückbau des Hindenburgdamms erteilen wir eine klare Absage. Tempo 50 auf Hauptstraßen sorgt für Verkehrsfluss und Effizienz. Wir sind gegen pauschale Tempo-30-Zonen auf Durchgangsstraßen.

Individualverkehr und Parken Der Schlangenbader Tunnel und die Westtangente sind unverzichtbar für den Verkehrsfluss im Südwesten und müssen erhalten bleiben. Eine Verbreiterung der AVUS lehnen wir ab; stattdessen fordern wir eine intelligente, temporäre Seitenstreifenfreigabe. Die Havelchaussee muss für den Autoverkehr offen bleiben. Parkraumbewirtschaftung darf keine Abzocke sein. Wir lehnen eine Ausweitung und Verteuerung der Parkgebühren für Anwohner ab. →

VERKEHRSPOLITIK →

Schulwege und Verkehrssicherheit Sicherheit auf dem Schulweg erreichen wir durch Aufklärung, Schülerlotsen und gut sichtbare Übergänge, nicht durch die Sperrung von Elternhaltestellen. Das Ziel, die Zahl der Opfer von Verkehrsunfällen auf Null zu setzen, die „Vision Zero“, ist richtig, darf aber nicht für den ideologischen Kampf gegen das Auto missbraucht werden.

Tradition bewahren Der große gelbe Doppeldeckerbus ist ein Berliner Wahrzeichen und ein effizientes Verkehrsmittel. Wir lehnen seine Abschaffung ab und fordern, ihn bei der Verkehrsplanung und Fahrzeugbeschaffung weiterhin zu berücksichtigen.

E-Busse Der Einsatz von E-Bussen ist an der Realität gescheitert, er ist mehr als doppelt so teuer bei deutlich geringerer Reichweite. Wir fordern: kein weiteres Geld für dieses verkehrspolitische Experiment.

4. Umwelt, Natur und Tierschutz mit Vernunft

Naturschutz statt Klimahysterie Wir stehen klar zum Umwelt- und Naturschutz, lehnen aber eine ideologisch getriebene Klimahysterie ab. Angstmacherei und Verzichtsforderungen („Degrowth“) lehnen wir ab. Wir setzen auf technologischen Fortschritt und Anpassung statt auf Verbote. Die einseitige Fixierung auf Elektromobilität sehen wir kritisch.

Gewässer und Erholungsgebiete schützen Unsere Seen sind die Juwelen unseres Bezirks. Die Überlastung von Schlachtensee und Krumme Lanke gefährdet jedoch Flora und Fauna. Wir fordern eine Entlastung durch attraktivere Angebote am Strandbad Wannsee und auf dem Tempelhofer Feld. An den bezirklichen Seen müssen Uferbereiche saniert und Müllablagerungen konsequent geahndet werden. Die jahrzehntelange Verschlammung des Waldsees ist eine Umweltkatastrophe. Wir setzen uns für eine vollständige Reinigung und eine technische Vorreinigung der eingeleiteten Straßenabwässer ein.

Pflege und Erhalt Steglitz-Zehlendorf ist ein naturnaher Großstadtbezirk. Wir wollen Parks und straßenbegleitendes Grün intensiv pflegen. Wir fordern die Pflanzung heimischer, klimaresistente Stadtbäume und den Erhalt von Hecken. Die Kleingartenkolonien sind als Naturraum und für die Erholung der Bürger unverzichtbar und genießen unseren vollen Schutz. Im Forstbereich setzen wir uns für den Umbau von Kiefernmonokulturen zu naturnahen Mischwäldern ein, die primär ökologischen und Erholungszwecken dienen. →

UMWELT, NATUR UND TIERSCHUTZ →

Keine Windkraft im Grunewald Wir lehnen den Bau von Windkraftanlagen im Grunewald kategorisch ab. Der Wald dient der Erholung und dem Naturschutz, nicht der Energieerzeugung. Der Schutz des Waldes hat absoluten Vorrang vor klima-ideologischen Experimenten.

Wasserhaushalt und „Schwammstadt“ Um dem sinkenden Grundwasserspiegel entgegenzuwirken, unterstützen wir das Konzept der „Schwammstadt“ mit pragmatischen Maßnahmen: Entsiegelung unnötiger Betonflächen wie am Platz des 4. Juli, sickerfähige Pflasterung und Begrünung von Schulhöfen. Das Regenwasser soll vor Ort versickern.

Tierschutz Wir fordern harte Strafen bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz. Hundebauauslaufgebiete sind zu erhalten. Wir lehnen ideologische Kampagnen gegen den Besitz von Haustieren ab: Hunde und Katzen erfüllen für viele Menschen eine wichtige soziale Funktion.

5. Sicherheit garantieren: Null Toleranz für Kriminalität

Innere Sicherheit durch Remigration Die Sicherheit der Bürger ist Kernaufgabe des Staates. Angsträume rund um die Schloßstraße sowie an S- und U-Bahnhöfen dulden wir nicht. Die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt: Nichtdeutsche Tatverdächtige sind bei Gewaltdelikten, Messerangriffen und sexueller Gewalt überproportional vertreten. Wir fordern eine deutlich sichtbare Erhöhung der Präsenz von Polizei und Ordnungsamt, den Einsatz mobiler Wachen, mehr Kontaktbereichsbeamte und eine Ausweitung der kriminalitätsbelasteten Orte (kbO) mit erweiterten polizeilichen Befugnissen einschließlich anlassloser Personenkontrollen. Dunkle Ecken müssen ausgeleuchtet, Clan-Strukturen und importierte Bandenkriminalität mit aller Härte bekämpft werden.

Nachhaltige Sicherheit ist jedoch nur durch eine konsequente Remigrationspolitik erreichbar: Kriminelle Ausländer müssen konsequent abgeschoben werden.

Konsequente Strafverfolgung Gegen Clan-Kriminalität, Bandenkriminalität, Einbrüche und Gewalt muss mit aller Härte vorgegangen werden. Wir fordern den Einsatz intelligenter Videoüberwachung an allen Kriminalitätsschwerpunkten und die Schaffung von Strafzonen mit erhöhtem Strafmaß an besonders belasteten Orten. Polizei, Ordnungsämter und Justiz müssen personell so ausgestattet sein, dass sie Recht und Ordnung durchsetzen können. Für ausländische Straftäter fordern wir beschleunigte Verfahren mit dem Ziel einer zügigen Abschiebung. →

SICHERHEIT GARANTIEREN →

Gefährder sofort in Gewahrsam nehmen Jeder polizeibekannte Gefährder ohne gesicherten Aufenthaltsstatus muss unverzüglich in Gewahrsam genommen werden, bis eine Abschiebung durchgeführt ist. Wir fordern 72-Stunden-Schnellverfahren für ausländische Straftäter bei hoher Beweisdichte mit dem Ziel einer sofortigen Abschiebungsentscheidung. Wir fordern, dass der Senat jährlich eine bezirksscharfe Statistik über Ausreisepflichtige, Geduldete und Gefährder veröffentlicht, damit die Bürger erfahren, wie viele Personen ohne Bleiberecht sich in ihrem Bezirk aufhalten.

Schutz von Frauen und Mädchen Sexuelle Belästigung und Gewalt im öffentlichen Raum haben zugenommen. Die Zunahme steht in direktem Zusammenhang mit der unkontrollierten Zuwanderung junger Männer aus patriarchalisch geprägten Kulturkreisen. Wir benennen diese Ursache offen und fordern die sofortige Abschiebung ausländischer Sexualstraftäter. Der Schutz von Frauen und Mädchen hat oberste Priorität. Wir fordern verstärkte Bestreifung von Parks und Badestellen sowie Präventionsarbeit an Schulen, die die Probleme offen benennt. →

SICHERHEIT GARANTIEREN →

Extremismus bekämpfen Wir stellen uns gegen jede Form des Extremismus. Die Vorfälle der letzten Jahre, von Islamisten-Razzien bis zu linksextremen Anschlägen der „Vulkangruppen“ auf die Infrastruktur, zeigen den Handlungsbedarf. Wir stehen für eine Null-Toleranz-Strategie. Linksextreme Strukturen, oft getarnt als „zivilgesellschaftliche Initiativen“, dürfen nicht länger mit Steuergeldern finanziert werden. Antisemitismus und Islamismus an Hochschulen wie der Freien Universität und im öffentlichen Raum treten wir entschieden entgegen.

Respekt für Einsatzkräfte Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte verdienen unseren Respekt und Schutz. Angriffe auf sie sind Angriffe auf uns alle und müssen mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden. Wir stehen an der Seite unserer Einsatzkräfte.

Katastrophenschutz stärken Der durch einen linksterroristischen Anschlag verursachte Stromausfall in Zehlendorf war eine Warnung für uns alle. Wir fordern einen robusten Katastrophenschutz, redundante Energieversorgung, funktionierende Notfallkonzepte für Blackouts und eine krisenfeste Kommunikation. Die Bürger müssen wissen, wie sie sich im Ernstfall verhalten sollen und wo sie Hilfe finden.

U3 – Import von Kriminalität über ÖPNV-Verbindungen verhindern Die Linienführung der U3 bis zur Warschauer Straße hat zu Problemen geführt. Wir setzen uns für eine Rückkehr zur bewährten Linienführung nach Pankow ein, um die Anbindung an die Innenstadt zu stärken. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die den Import von Kriminalität über ÖPNV-Verbindungen in unseren Bezirk verhindern.

6. Illegale Migration stoppen Remigration fordern

Aufnahmekapazitäten sind erschöpft Steglitz-Zehlendorf ist am Limit. Schulen, Kitas und Wohnungsmarkt können keine weitere Zuwanderung verkraften. Wir lehnen die Zuweisung weiterer Migranten in den Bezirk ab. Kommunale Politik darf nicht die verfehlte „Offene-Grenzen-Politik“ des Bundes, des Landes Berlin und der migrationsfreundlichen Parteien und Lobby-Gruppen ausbaden.

Keine neuen Unterkünfte Wir fordern einen Stopp für neue Flüchtlingsunterkünfte. Temporäre Einrichtungen dürfen nicht verstetigt werden. Standorte wie Heckeshorn oder Osteweg sind für eine dauerhafte Unterbringung ungeeignet und blockieren wichtige Bauprojekte für Wohnungen, Kitas und Schulen. Wir setzen uns für den Rückbau bestehender Unterkünfte ein.

Integration ist Bringschuld Integration kann nur gelingen, wenn sie eingefordert wird. Wir lehnen eine „Helikopterbetreuung“ ab. Wer hierbleiben darf, muss seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten. Wir fordern die konsequente Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetzes: Asylbewerber sollen zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden (z.B. Grünflächenpflege, Reinigungsdienste). Das fördert die Akzeptanz und die Integration durch Arbeit. Darüber hinaus fordern wir die konsequente Umstellung auf Sachleistungen. Asylbewerber sollen vorrangig Sachleistungen statt Bargeld erhalten. Wir unterstützen die Einführung einer Bezahlkarte, die Barabhebungen begrenzt und Überweisungen ins Ausland verhindert. Falsche finanzielle Anreize müssen beseitigt werden. →

ILLEGALE MIGRATION STOPPEN →

Remigration konsequent umsetzen Wer kein Bleiberecht hat, muss unser Land verlassen – freiwillig oder durch konsequente Abschiebung. Freiwillige Rückkehrprogramme unterstützen wir auf Bezirksebene aktiv. Sie sind aber nur ein Baustein. Wir fordern für Berlin den Bau eines ausreichend dimensionierten Abschiebezentrums und die Prüfung von Strafvollzug in sicheren Drittstaaten für Straftäter ohne deutschen Pass. Bei Vorliegen einer doppelten Staatsbürgerschaft muss die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft möglich sein, wenn die betroffene Person Straftaten begeht. Eine Integrationsinfrastruktur für Ausreisepflichtige schafft falsche Anreize und wird von uns abgelehnt.

Bezirkliche Mitwirkung bei Abschiebungen Auch auf Bezirksebene muss aktiv an der Durchsetzung bestehenden Rechts mitgewirkt werden. Wir fordern, dass das Bezirksamt die Ausländerbehörde bei der Identifizierung ausreisepflichtiger Personen aktiv unterstützt und Informationen aus dem Sozial- und Jugendamt über Identität und Aufenthaltsstatus konsequent weiterleitet. Kommunalpolitik darf Abschiebungen nicht sabotieren, sondern muss sie ermöglichen.

7. Unser Aufstiegsversprechen durch Bildung: Leistungsorientierung statt Ideologie

Die deutsche Sprache als Schlüssel zur Bildung Deutsch muss als Schulsprache im Schulgesetz festgelegt und durchgesetzt werden. An Grundschulen mit hohem Anteil von Schülern nicht-deutscher Herkunftssprache fordern wir Spezialklassen für Kinder mit nachgewiesener hoher Deutschkompetenz. Wir setzen auf die Fibelmethode, das Diktat und die verbundene Schreibschrift. Die Verwendung von Gendersprache werden wir an Schulen untersagen.

Disziplin und Leistungswillen zurückbringen Mit der AfD wird an Schulen das Leistungsprinzip rehabilitiert. Kopfnoten und Schulvereinbarungen zu Disziplin werden wir einführen. Für störende Schüler richten wir Auszeiträume („Time-out-Räume“) ein.

Null-Toleranz-Strategie bei Gewalt an Schulen Bei Gewalt gegen Lehrer oder Mitschüler muss ein verbindliches Meldeverfahren mit Einschalten der Polizei gelten. Schulausschluss muss bei ernstlicher Gefahr für andere möglich sein. Für gewalttätige Kinder und Jugendliche schaffen wir alternative Beschulungsformen.

Keine Ideologisierung der Schüler Im Unterricht gilt das Indoktrinationsverbot. Ideologische Kampagnen unter dem Deckmantel politischer Bildung werden wir beenden. Frühkindliche Sexualerziehung lehnen wir als grenzüberschreitend ab. →

BILDUNG →

Inhalte im Unterricht Lesen, Schreiben, Rechnen stehen im Mittelpunkt. An den Grundschulen führen wir Heimatkunde und Werken wieder ein. Die Einbeziehung politisch-ideologischer Lobbygruppen in den Unterricht lehnen wir ab.

Schulplatzvergabe im Bildungsbezirk Wir halten an freiwilligen Aufnahmetests zum Gymnasium fest. Die Vergabe von Plätzen an weiterführenden Schulen muss sich konsequent an Noten und Wohnortnähe orientieren. Die Vergabe von 30 Prozent der Schulplätze über das Losverfahren werden wir abschaffen. Für größtmögliche Transparenz schaffen wir ein Online-Portal mit schulscharfen Daten zu Anmeldungen, Herkunftssprachen-Quote und Lehrerausstattung.

Schulstandorte sanieren und ausbauen Absolute Priorität hat die Sanierung bestehender Schulstandorte. Die „Sanierungsoffensive“ (29 Maßnahmen, teilweise bis 2032) darf nicht aufgeschoben werden. Neue Schulstandorte wie am Osteweg sind priorisiert anzugehen.

Schulische Inklusion mit Augenmaß Wir sichern den Fortbestand der Förderschulen. Allgemeine Schulen sind nur zur Inklusion zu verpflichten, wenn der Schüler das Bildungsziel erreichen kann und die Klasse nicht über Gebühr beeinträchtigt wird.

8. Familien stärken: Das Fundament unserer Gesellschaft

Familie als Leitbild Die Familie aus Vater, Mutter und Kindern ist die Keimzelle der Gesellschaft und der Ort, an dem Werte, Kultur und Tradition weitergegeben werden. Wir setzen uns für eine aktivierende Familienpolitik ein, die Mut zu Kindern macht und die demografische Katastrophe abwendet. Kinder sind kein Armutsrisiko, sondern unsere Zukunft. Auch wenn die traditionelle Familie unser Leitbild ist, unterstützen wir selbstverständlich ebenso Alleinerziehende und Patchworkfamilien.

Echte Wahlfreiheit in der Betreuung Wir wenden uns gegen die staatliche Bevormundung bei der Kinderbetreuung. Eltern müssen frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder eine Kita nutzen. Die Diskriminierung des häuslichen Erziehungsmodells muss enden. Wir fordern ein Landeserziehungsgehalt als echte Lohnersatzleistung für die U3-Betreuung zu Hause. Wer seine Kinder selbst erzieht, leistet einen unschätzbaren Dienst an der Gesellschaft.

Finanzielle Entlastung und Wohnraum Wir fordern die Einführung eines steuerlichen Familiensplittings und den Erlass der Grunderwerbsteuer für Familien beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum. Studierende Eltern wollen wir durch den Erlass von BAföG-Schulden bei Geburt eines Kindes unterstützen. →

FAMILIEN STÄRKEN →

Kindheit ohne Ideologie Kitas und Schulen müssen Schutzräume bleiben. Wir lehnen Frühsexualisierung, Gender-Ideologie und politische Indoktrination strikt ab. In Kitas ist die deutsche Sprache als verbindliche Alltagssprache durchzusetzen, um Chancengleichheit zu garantieren.

Jugendämter reformieren Der Staat darf nicht vorschnell in intakte Familien eingreifen. Inobhutnahmen dürfen nur das allerletzte Mittel sein („ultima ratio“). Wir fordern eine Stärkung der Familienhilfe vor Ort und eine unabhängige Kontrolle der Jugendämter und Familiengerichte, um Willkür zu verhindern.

Generationen verbinden Steglitz-Zehlendorf hat das höchste Durchschnittsalter in Berlin. Das ist kein Nachteil, sondern eine Chance. Wir wollen das Wissen und die Erfahrung der Senioren nutzen und wertschätzen. Wir unterstützen den Ausbau von Mehrgenerationenhäusern und barrierefreien öffentlichen Räumen. Senioren gehören in die Mitte der Gesellschaft, nicht an den Rand.

9. Wirtschaft: Mittelstand entfesseln

Rückgrat Mittelstand und Handwerk Kleine und mittelständische Unternehmen sowie das Handwerk sind die Leistungsträger unseres Bezirks. Sie schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand. Wir wollen sie von überbordender Bürokratie befreien. Staatliches Handeln muss sich auf das Notwendige beschränken: Kontrolle ja, aber kein Generalverdacht und keine Gängelung.

Wirtschaftsförderung als Dienstleister Die bezirkliche Wirtschaftsförderung wollen wir erweitern und zum Konzeptmanagement entwickeln. Wir fordern ein aktives Bestandsmanagement für die Gewerbegebiete, insbesondere an der Goerzallee, unter Einbeziehung der Anwohner. Für die Schloßstraße und die Ortsteilzentren brauchen wir Konzepte, die Kaufkraft binden und Leerstand verhindern.

Baustellenmanagement verbessern Dauerbaustellen sind die Sargnägel für unseren Einzelhandel. Wir fordern ein effizientes Baustellenmanagement: Baustellen müssen zügig fertiggestellt werden. Betroffene Gewerbetreibende sind zu entschädigen oder durch Gebührenerlasse zu entlasten.

Tourismus und Gastronomie Wir setzen auf einen sanften Tourismus, mit Erholung und für Familien. Wir unterstützen Hotellerie und Gastronomie. Die Weihnachtsmärkte und Volksfeste wie die „Steglitzer Woche“ sind wichtige Traditionen und Wirtschaftsfaktoren, die wir erhalten und fördern wollen. Dazu gehört auch eine attraktive Weihnachtsbeleuchtung.

10. Soziales, Gesundheit, Sport und Ehrenamt

Gesundheitsversorgung sichern Die medizinische Versorgung muss wohnortnah und verlässlich sein. Wir kämpfen für den Erhalt aller Klinikstandorte im Bezirk, insbesondere für die Wiedereröffnung der Kinderrettungsstelle am Charité Campus Benjamin Franklin. Die ambulante Versorgung durch Haus- und Fachärzte darf nicht durch Bürokratie ausgedünnt werden. Wir bekennen uns zur Pluralität im Gesundheitswesen, einschließlich der Heilpraktiker.

Sport und Vereine stärken Sportvereine leisten unverzichtbare Integrations- und Jugendarbeit. Wir danken den über 60.000 Ehrenamtlichen im Bezirk. Die AfD fordert den Erhalt und die Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern wie das Familienbad Spucki oder die Schwimmhalle des Gesundheitszentrums PrimaVita. Insbesondere Hallenbäder sind wichtig für die Gewährleistung eines regelmäßigen Schwimmunterrichts. Sportflächen dürfen nicht dem Wohnungsbau geopfert werden. Wir wollen einen jährlichen „Tag des Ehrenamts“ im Rathaus Zehlendorf etablieren, um dieses Engagement zu würdigen. In der Vernetzung mit der Zentraleinrichtung Hochschulsport der Freien Universität sehen wir die Möglichkeit, Vereine und Gruppen zu unterstützen. →

SOZIALES, GESUNDHEIT, SPORT UND EHRENAMT →

Drogenpolitik – Prävention statt Verharmlosung Wir lehnen die Verharmlosung von Drogen ab. Die Cannabis-Legalisierung sehen wir kritisch und fordern konsequente Kontrollen der Konsumverbote in der Nähe von Schulen und Spielplätzen. Drogen haben auf Spielplätzen nichts verloren. Wir setzen auf Prävention und Perspektiven für die Jugend statt auf eine Politik der falschen Toleranz.

Obdachlosigkeit bekämpfen Niemand soll in unserem Bezirk auf der Straße leben müssen. Wir setzen uns für präventive Maßnahmen gegen Wohnungsverlust ein, insbesondere zum Schutz von Frauen und Kindern.

Keine Steuergelder für politische NGOs Wir sehen die finanzielle Förderung politisch einseitiger Organisationen kritisch. Vereine, die unter dem Deckmantel des Umweltschutzes oder der Demokratieförderung reine Regierungspropaganda oder linke Ideologie betreiben, wie z.B. „Berliner Register“, dürfen keine öffentlichen Mittel erhalten.

11. Kultur: Identität bewahren, Exzellenz fördern

Kulturkampf beenden Kultur soll verbinden, nicht spalten. Wir wenden uns gegen „Cancel Culture“ und den Versuch, Geschichte umzuschreiben. Straßennamen sind Zeugnisse unserer Geschichte und dürfen nicht dem Zeitgeist geopfert werden. Wir lehnen die Umbenennung von Plätzen und Straßen, wie z.B. den Hindenburgdamm entschieden ab. Gleichzeitig befürworten wir das ehrende Gedenken an historische Persönlichkeiten wie Nina von Stauffenberg durch Straßenbenennungen bei Neubauprojekten.

Gegen Gender-Ideologie Sprache ist Kulturgut. Wir lehnen das „Gender-Mainstreaming“ und die Verwendung der „Gendersprache“ in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und Kitas ab. Behördentexte müssen verständlich und grammatikalisch korrekt sein. Steuergelder für Gender-Beauftragte und ideologische Projekte wollen wir streichen.

Heimatkultur und lokale Künstler Steglitz-Zehlendorf verfügt über eine reiche Kulturlandschaft – von der Liebermann-Villa bis zur Domäne Dahlem. Diese Einrichtungen müssen für die Bürger zugänglich und erlebbar sein. Wir fordern, dass bezirkseigene Ausstellungsflächen wie die Schwartzsche Villa bevorzugt lokalen Künstlern zur Verfügung gestellt werden. Kulturförderung muss Exzellenz und regionale Identität stärken, nicht politische Gesinnung.

12. Verwaltung: Effizient und bürgerfreundlich

Leistungsfähige Verwaltung Eine moderne Verwaltung ist Dienstleister für den Bürger. Wir fordern den Neubau des Rathauses Zehlendorf, um effiziente Strukturen zu schaffen. Die Digitalisierung muss endlich spürbar werden, um Wartezeiten zu verkürzen und Antragstellung zu vereinfachen. Barzahlung von Leistungen muss weiterhin möglich bleiben.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit Um dem Personalmangel im Bezirksamt zu begegnen, muss die Ungleichbehandlung bei der Bezahlung beendet werden. Wir fordern die Angleichung der Gehälter an das Niveau der Landesebene, um die Abwanderung qualifizierter Mitarbeiter zu stoppen.

Qualifikation statt Quote Wir lehnen „Diversity“-Konzepte und Quotenregelungen bei Einstellungen ab. Das Partizipationsgesetz unterläuft das gesetzliche Prinzip der Bestenauslese. Im öffentlichen Dienst muss ausschließlich das Leistungsprinzip gelten: Eignung, Befähigung und fachliche Leistung, nicht Geschlecht oder Herkunft müssen entscheiden.

Beauftragtenwesen straffen Die Zahl der bezirklichen Beauftragten ist auf das gesetzlich vorgeschriebene Minimum zu reduzieren. Ideologisch motivierte Stellen, die keinen direkten Nutzen für die Bürger haben, wollen wir abbauen. Verwaltung muss schlank und effizient sein.



Alternative für Deutschland
Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf
vertreten durch Michael Kudoll
c/o AfD Landesverband Berlin
Eichhorster Weg 80
13435 Berlin